



Die Kommunistin und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (unser Bild) hat am Osterwochenende den Katholiken in Berlin, die sich für das im Grundgesetz garantierte Recht auf Religionsunterricht einsetzen, vorgeworfen, sie führten einen „Kreuzzug“. Sie warf der Kirche vor auf „Angriff statt auf Aufklärung“ zu setzen. Am 26. April, dem Tag der Volksabstimmung über die Wiedereinführung des Religionsunterrichts, gehe es nicht um die „Neuaufgabe des Kreuzzüge“. Was Deutschland und die Katholiken zu erwarten haben, wenn diese intoleranten und religionsfeindlichen Kommunisten mit dem schicken Namen „Die Linke“ an die Macht kommen, wird in diesem Kampf um den Religionsunterricht deutlich. Nicht nur die postkommunistische Linke, sondern auch weite Teile der SPD und der sogenannten „Grünen“ haben in den vergangenen Jahren ihre Kampf gegen die katholische Kirche immer offener und aggressiver geführt.

Nach dem deutschen Grundgesetz, das derzeit vom SPD Vorsitzenden Müntefering in Frage gestellt wird, haben die katholische Kirche und die anderen christlichen Religionsgemeinschaften das Recht auf Religionsunterricht an deutschen Schulen. Dieses Recht wird der Kirche in Berlin bestritten. Statt dessen veranstaltet der Staat seinen „Zivilreligions“unterricht unter dem Titel „Ethik“. Erzbischof Zollitzsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, äußerte die Befürchtung, daß der Inhalt dieses Unterrichts von den jeweiligen politischen Mehrheiten im Berliner Senat abhängig sein wird.

Gegen diese unhaltbare Situation hat die Bürgerinitiative Pro Reli ein Volksbegehren eingeleitet, daß trotz zahlreicher Behinderungen und Propagandamaßnahmen des linken Berliner Senats die erforderlichen Unterschriften deutlich übertraf. Deshalb findet jetzt am 26. April eine Volksabstimmung statt.

Auch dieser Termin ist ein weiterer Angriff des Senats auf christliche Eltern und Pro Reli, denn diese hatte gefordert, die Volksabstimmung mit der Europawahl zusammenzulegen. Da dies jedoch zu einer höheren Wahlbeteiligung an der Volksabstimmung geführt hätte, suchte man einen Termin, der eine möglichst niedrige Wahlbeteiligung sicherstellt, durch die die Volksabstimmung scheitern könnte.

Man sieht deutlich, was Linke aller Parteien unter Demokratie verstehen! Wer die Demokratie in Deutschland retten will, muß jetzt den „Kampf gegen Links“ beginnen.